

Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Wie kann die Stadt Bern ihre Interessen auf kantonaler Ebene besser vertreten?

Die Stadt Bern sah sich in jüngster Vergangenheit mit diversen, für sie schwierigen Entscheidungen des Kantonsparlaments konfrontiert. Untenstehend eine Auswahl:

- Eine Konzentration der Berner Fachhochschule BFH auf die Standorte Bern und Biel wurde vom Grossen Rat in der Märzsession 2012 verworfen. Zwar sollen in Biel neu die Departemente Technik und Informatik (TI) sowie Architektur, Holz und Bau (AHB) angesiedelt werden. Die restlichen Departemente sollen aber nicht wie vom Regierungsrat vorgeschlagen in Bern konzentriert, sondern auf die Städte Bern und Burgdorf aufgeteilt werden.
- In der Novembersession 2011 sprach sich der Grosse Rat für die Erhaltung der Schlossbergschule in Spiez und für eine Verlagerung der Ausbildungsplätze für Bekleidungsgealter von Bern nach Spiez aus (bisher an der Berufs-, Fach-, und Fortbildungsschule Bern, BFF).
- Ebenfalls in der Novembersession 2011 kürzte der Grosse Rat den Planungskredit für die Sanierung des Stadttheaters von ursprünglich vorgesehenen Fr. 2.25 Mio. auf Fr. 1.5 Mio.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Stadt Bern künftig ihre Interessen auf kantonaler Ebene besser einbringen kann. Zwar ist unsere Gemeinde mit 20 Parlamentariern im Grossen Rat vertreten. Um sich aber bei Interessenkonflikten durchsetzen zu können, braucht es entsprechende Allianzen mit anderen Regionen. Die oben genannten Beispiele zeigen, dass die Stadt Bern bisher zu wenig vernetzt ist und in entscheidenden Abstimmungen nicht auf Bündnispartner zurückgreifen kann. Weiter besteht gemäss der Einschätzung diverser Grossräte ein „Anti-Bern-Reflex“ (vgl. Zeitung Bund vom 24. März 2012). Es ist dringender Handlungsbedarf angesagt.

Zwecks Vorabklärung möglicher Massnahmen wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurden bisher seitens der Stadt Bern systematisch Kontakte mit anderen Regionen und deren Grossratsmitgliedern gepflegt?
 - a. Wenn Ja, welche Direktion war dafür verantwortlich? Wie sah die Kontaktpflege konkret aus?
 - b. Wenn Nein, warum nicht?
2. Wurden die Geschäfte des Kantonsparlaments bisher systematisch nach für die Stadt Bern wichtigen Entscheiden gescannt und bei Bedarf frühzeitig Aktivitäten entfaltet?
 - a. Wenn Ja, welche Direktion war dafür verantwortlich? Wie sahen das Scanning und die Aktivitätenplanung konkret aus?
 - b. Wenn Nein, warum nicht?
3. Welche zusätzlichen Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, um die Interessen der Stadt Bern gegenüber dem Kanton Bern künftig besser vertreten zu können?

Begründung der Dringlichkeit

Der Auf- und Ausbau eines Lobbyings für die Stadt Bern wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Entsprechend sollten die genannten Fragen möglichst rasch geklärt werden.

Bern, 29. März 2012

Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Alexander Feuz, Alexandre Schmidt

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat der Stadt Bern hat die beiden Entscheide des Grossen Rats zu den Standortfragen der Berner Fachhochschule BFH in den Sessionen vom November 2011 und März 2012 mit grossem Bedauern zur Kenntnis genommen. Erneut war feststellbar, dass sich die anderen Regionen des Kantons Bern besser vernetzen und bei für sie relevanten Punkten entsprechend zusammenarbeiten. Relativierend ist allerdings anzufügen, dass solche überregionalen Allianzen vor allem bei Standortfragen zum Tragen kommen und bei anderen Themen, so etwa bei der Kürzung des Projektierungskredits für das Stadttheater, nicht regionale Allianzen, sondern vermutlich der klassische „Anti-Bern-Reflex“ den Ausschlag gab.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat der Stadt Bern pflegt den Kontakt zu den Stadtberner Grossrätinnen und Grossräten regelmässig, einerseits lädt er jeweils vor Beginn der Session zu einem Treffen ein. An diesen Treffen werden die für die Stadt Bern relevanten Themen der folgenden Session besprochen, und der Gemeinderat erläutert seine Haltung dazu. Für Themen von besonderer Bedeutung kann der Gemeinderat zudem zu einer Fachveranstaltung einladen, an der ausschliesslich diese Thematik traktandiert wird. Andererseits wird zur Kontaktpflege mit den Grossratsmitgliedern einmal jährlich zu einem kulturellen Anlass eingeladen, in dessen Rahmen die Kontakte vertieft werden können.

Kontakte des Gemeinderats mit Grossratsmitgliedern ausserhalb der Stadt Bern werden nicht durch spezielle Anlässe gepflegt. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) führt jedoch ebenfalls regelmässige Informationsveranstaltungen mit Grossratsmitgliedern aus dem RKBM-Perimeter durch; die Stadt Bern bringt sich auch hier bei der Themenwahl ein.

Eine systematische Kontaktpflege mit Grossratsmitgliedern aus anderen Regionen findet nicht statt, die Kontakte erfolgen eher fallbezogen und vereinzelt. Vor acht Jahren hat der Gemeinderat ein solches Anliegen geprüft, als es darum ging, die Aussenbeziehungen auf kantonaler Ebene zu evaluieren und Optimierungspotenzial festzumachen. In verschiedenen Gesprächen und Abklärungen mit Grossratsmitgliedern aus dem ganzen Kanton sowie weiteren Schlüsselpersonen wurde deutlich, dass solche Aktivitäten von Seiten des „Molochs“ Stadt Bern auf wenig Akzeptanz stossen würden und den „Anti-Stadt-Reflex“ eher verstärken würden. Demgegenüber erachtet der Gemeinderat einen verstärkten Austausch zwischen den Regionen sicher als erstrebenswert, allerdings ist er der Meinung, dass - gerade angesichts des „Anti-Stadt-Reflexes“ - diese Kontaktpflege weniger von der Stadtseite als von der Regionalkonferenz ausgehen müsste.

Neben den regelmässigen Treffen mit den Stadtberner Grossratsmitgliedern lädt der Gemeinderat die Mitglieder des National- und Ständerats zweimal jährlich zu einem Treffen ein. Hier werden - analog zu den Treffen mit den Stadtberner Grossratsmitgliedern - Themen der Bundespolitik, die die Stadt oder Region Bern betreffen, besprochen.

Zu Frage 2:

Ein Scanning der Politthemen auf kantonaler Ebene findet statt anhand der rollenden Vorlagenplanung des Grossen Rats und mittels regelmässigen Themenumfragen bei den städtischen Direktionen. Der Gemeinderat beschliesst jeweils, ob und wenn ja in welcher Form Überzeugungsarbeit geleistet werden soll.

Zudem haben die Mitglieder des Grossen Rats die Möglichkeit, Themen formell traktandieren zu lassen oder über eine Thematik am Schluss der Veranstaltung unter Varia zu informieren.

Der Gemeinderat war sich der Brisanz der von den Interpellanten aufgeführten Beispiele durchaus bewusst. So hat er sowohl zum Standort Fachhochschule als auch zum Planungskredit Stadttheater am Treffen vom 15. November 2011 informiert und eine Abstimmungsempfehlung an die Anwesenden abgegeben. Zum Standort der Fachhochschule fand zudem eine von der RKBM organisierte Informationsveranstaltung statt, an welcher der Stadtpräsident als Referent auftrat.

Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, dass hier ein überregionales Lobbying von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland hätte ausgehen müssen. Er ist sich bewusst, dass diese Bestrebungen in der Regionalkonferenz zu spät aufgenommen wurden, betont aber auch, dass es von den Mitgliedern der RKBM in der Regel nicht geschätzt wird, wenn die Stadt Bern in eigener Sache vorstellig wird.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Interessenwahrnehmung der Region Bern und insbesondere der Stadt Bern auf kantonaler Ebene keine einfache Angelegenheit ist. Er erachtet es als kontraproduktiv, innerhalb der Region Bern vorzupreschen, und ist der Meinung, dass die bessere Zusammenarbeit zwischen den Regionen von den regionalen Organisationen initiiert werden müsste. Der Gemeinderat ist gerne bereit, dazu seinen Beitrag zu leisten.

Bern, 20. Juni 2012

Der Gemeinderat